

**Mitteilungen**  
Annahme-Bureau  
In Posen  
an der Expedition  
der Posen (C. H. Ulrich & Co.)  
Breitestraße 14;  
in Gnesen  
Herr Th. Spindler,  
Markt u. Friedr. Gasse 4;  
in Grätz bei Herrn H. Streissand  
in Frankfurt a. M.;  
G. J. Hanke & Co.

# Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 710.

Der Abonnement auf dieselbe täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierthalbjährig für die Stadt Posen 14 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Kr. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Sonnabend, 10. Oktober

(Erscheint täglich drei Mal.)

Zur Zeit ist das jüngstgezogene Recht über den Verkauf, Verkaufen und Veräußerung von Büchern, Zeitungen zu ziehen und werden für die am folgenden Tage abgängige erhebende Pariser die 8 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

## Amtlich 28.

Berlin, 9. Oktober. Der König hat den seiherten ersten Bürgermeister der Stadt Danzig, Ober-Bürgermeister und Geheimen Regierungs-Rath a. D. von Winter, sowie den seiherten zweiten Bürgermeister und Beigeordneten der Stadt Danzig, Dr. jur. Link, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß in gleicher Eigenschaft für eine fernerweite zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Der bisherige Baumeister Karl Blatzner zu Bromberg ist als königlicher Eisenbahn-Baumeister bei der Ostbahn, unter vorläufiger Anweisung des Wohnsitzes dafelbst, und der bisherige Baumeister Adolf Weil zu Bromberg als königl. Eisenbahn-Baumeister bei der Ostbahn dafelbst angestellt worden.

Dem königlichen Hauptmann a la suite des Magdeburgischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 4 Herrn Gaede in Hannover ist unter dem 7. Oktober 1874 ein Patent auf einen Dampfkessel für Minenboote in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung, ohne Bedenken in der Anwendung bekannter Teile zu bechränken, auf drei Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umgang des preußischen Staats ertheilt worden.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Staatsanwaltsgesell Stam in Schönfeld bei dem Kreisgericht in Sensburg, der Gerichts-Assessor Hentel bei dem Kreisgericht in Pleschen, der Gerichts-Assessor Möllinger bei dem Kreisgericht in Mohrungen, mit der Funktion bei der Gerichts-Deputation in Br. Holland, der Gerichts-Assessor von Barendorf bei dem Kreisgericht in Dörken und der Gerichts-Assessor Faber bei dem Kreisgericht in Neuwied, mit der Funktion als Gerichts-Kommissarius in Asbach.

Der Gerichts-Assessor von Hollenfer ist zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Uchte ernannt.

## Telegraphische Nachrichten.

Mainz, 9. Oktober. Bei den gestrigen Wahlen zum Gemeinderath sind 19 Kandidaten der katholischen Volkspartei und 17 liberale Kandidaten gewählt worden.

Dresden, 9. Oktober. Die beiden Kammer des Landtages halten heute Nachmittag ihre Schlussitzungen. Morgen Mittag wird der feierliche Schluß des Landtages durch den König im Schlosse erfolgen.

Darmstadt, 9. Oktober. Die zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, die Mittel zum Bau des neuen Hoftheaters nach dem früheren Plane nebst den für erforderlich erachteten Verbesserungen zu bewilligen, zugleich aber ausgesprochen, daß damit der Rechtsfrage wegen Bestreitung der Baulosten nicht vorgegriffen werden solle.

Haag, 9. Oktober. Die Regierung hat den Kammer den bereits erwähnten Gesetzentwurf zugehen lassen, nach welchem die Ausprägung von Silber für Rechnung von Privaten bis auf Weiteres untersagt sein soll.

Paris, 9. Oktober. Das Gericht von dem Tode des Don Carlos wird in hiesigen legitimistischen Kreisen bestätigt.

— 9. Oktober. Die Konvention über die anderweitige Abgrenzung der bischöflichen Diözesen von Mez und Straßburg, nach welcher die seither unter dem Bischof von Nancy siehenden beiden Kreise Chateau-Salins und Saarburg dem Bistum Mez unterstellt werden, während das bisher zum Bistum Mez gehörige französische Arrondissement Brich dem Bistum Nancy zugehört wird und wonach ferner die Bischöfe von Mez und Straßburg nicht mehr ihren seitherigen Metropolitanbischöfen unterordnet sind, sondern künftig direkt dem päpstlichen Stuhle unterordnet werden, ist (wie bereits kurz gemeldet) gestern Abend von den deutschen und französischen Kommissarien unterzeichnet worden.

Bayonne, 9. Oktober. Vorregenay ist, wie man vermutet, durch den General Mandiri erzeugt worden.

Madrid, 9. Oktober, Morgens. Die Regierungstruppen unter General La Ferna haben gestern Morgen ihre Bewegungen gegen la Guardia (am Ebro), in dessen Nähe die Carlisten sich konzentriert haben, begonnen. — Es bestätigt sich, daß der diesseitige Gesandte in Paris der dortigen Regierung neuerdings eine Note überreicht und über die Bevölkerung der Carlisten an der französischen Grenze nochmals Beschwerde geführt hat.

Nachmittags. Die Regierungstruppen haben im Laufe des gestrigen Tages la Guardia besetzt, das von den Carlisten geräumt worden war.

Kopenhagen, 9. Oktober. Die Nachricht des „Globe“, daß die Kriegserklärung zwischen Japan und China nunmehr erfolgt sei, findet nach einer der hiesigen „Nordischen Telegraphen-Kompagnie“ aus Yokohama vom gestrigen Tage zugegangene Meldung keine Bestätigung.

London, 9. Oktober. Die „Times“ unterzieht in ihrer heutigen Morgennummer den vor Kurzem dem deutschen Bundesrat zugegangenen Gesetzentwurf über den Landsturm einer Besprechung. Der Artikel hebt herbor, daß in Deutschland, welches der Schauplatz so vieler Kriege und das Opfer so vieler feindlichen Einfälle gewesen sei, die Vertheidigung des Vaterlandes für jeden Bürger mehr als eine bloße patriotische Maxime und eine jedem Einzelnen obliegende persönliche Pflicht gewesen sei. Wenn Deutschland seine militärische Überlegenheit bewahren wolle, müsse es, wie durch das Gesetz geschehen, seine Wehrkraft verstärken, um den vermehrten Streitkräften derjenigen Staaten, deren Angriffen es ausgeetzt sei, gegenüber treten zu können.

Alexandrien, 9. Oktober. Der Nil fällt noch immer, die Dammbrüche sind wieder ausgebessert und die Gefahr einer Überschwemmung ist beseitigt.

Washington, 9. Oktober. Guten Vernehmen nach ist die geistliche Verfolgung der Mitglieder der Liga der Weißen in Louisiana angeordnet und sollen dieselben vor die Zuchtpolizeigerichte gestellt werden. Ebenso soll auf Grund des in der letzten Session des Kongresses votirten bezüglichen Gesetzes gegen die Mormonen mit der Anklage wegen Polygamie vorgegangen werden.

Pernambuco, 9. Oktober. Über den Aufstand in der argentinischen Konföderation wird hierher gemeldet, daß der General Mitre, welcher sich zur Zeit in Colonia del Sacramento in Uruguay befindet, wahrscheinlich den Oberbefehl der Insurgenten übernehmen wird. Letztere haben die Insel San Martin besetzt; eine Abtheilung unter Rivas marschiert auf Buenos-Ayres. Die Regierung trifft energische Maßregeln zur Vertheidigung. Die telegraphische Verbindung mit Valparaíso ist unterbrochen, die Linien nach Montevideo und Rio Grande do Sul sind gesperrt.

Buenos-Ayres, 9. Oktober. Der Präsident der argentinischen Konföderation, Avellaneda, beabsichtigt, dem Vernehmen nach, von seinem Posten zurückzutreten und steht der Erlaß eines darauf bezüglichen Manifestes bevor. Bis zur Wahl eines neuen Präsidenten wird wahrscheinlich Quintana die Leitung der Staatsgeschäfte übernehmen. — Die Regierung läßt die wichtigsten strategischen Punkte besetzen. Die Insurgenten haben sich bei Cañuelas konzentriert. Viele Familien verlassen die Stadt.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 9. Oktober.

— Die Kaiserin hat an die Stadtverordnetenversammlung folgendes Dankesbrief geschrieben gerichtet:

Empfangen Sie Meinen aufrichtigen Dank für die Glückwünsche zu Meinem Geburtstage, die Mir auf neue bewiesen, daß die Bürgerschaft Berlins auf Meine Erfüllung für die Stadt und auf Meine freudige Beteiligung an ihrem Wohlergehen rechnet. Innit großer Entwicklung bleibt die Stadt der Pflege jener Humanität getreu, die sie als ein schönes Vorrecht betrachtet und der ich Mich stets von Herzen anschließen werde.

Baden-Baden, den 1. Oktober 1874.

(gez) Augusta.

Aus Anlaß der Glückwünsche, welche die Vertreter der Kaufmannschaft Namens der Korporation Ihrer Majestät dargebracht, haben dieselben folgendes Dankesbrief erhalten:

Empfangen Sie Meinen Dank für die Glückwünsche, welche Sie Mir im Namen der Kaufmannschaft Berlins auch in diesem Jahre zu Meinem Geburtstage überendet haben, und lassen Sie Mich dieselben mit dem Wunsche erwidern, daß auch die Zukunft unserm Handel die Segnungen einer friedlichen Entwicklung bewahren möge.

Baden-Baden, den 1. Oktober 1874.

Augusta.

— Neben das frühere Verhältniß des Grafen Arnim zum Fürsten Bismarck entnehmen wir der „Königl. Zeitg.“ noch Folgendes:

Bekannt sind die langen Streitigkeiten zwischen dem Grafen v. Arnim und dem Reichskanzler Fürsten Bismarck. Weniger bekannt ist es vielleicht, daß der Fürst früher zu den besten Freunden und Förderern des Diplomaten gehörte, der ihn später so viel zu schaffen machen sollte. Fürst Bismarck ist allerdings ein guter Hasser, wie Graf v. d. Goltz erfahren mußte, der, ebenfalls auf dem verhängnisvollen Posten von Paris, der Bismarck'schen Politik entgegenzutun sich herausnahm. Aber für Arnim fühlt er mittler in der durch dessen Unbotmäßigkeit hervorgerufenen Entrüstung noch eine gewisse Zuneigung. Dieses persönliche Wohlwollen bewies er unverkennbar, als er endlich von Kaiser Wilhelm die nicht leicht zu erlangende Genehmigung zu Arnim's Überfahrt von Paris erhalten hatte. Denn als dieser nach Berlin gekommen war und sein lebhafte Bedauern über das Vorgefallene in bewegter Weise kund gegeben hatte, so war es Bismarck selbst, der sagte: „Wir wollen es noch einmal versuchen!“ Graf Arnim lehrte als Botschafter nach Paris zurück; aber der Versuch mißglückte. Der Reichskanzler hatte übrigens in seiner offenen Weise schon bei der letzten Unterredung dem Botschafter gesagt, daß dieser sein volles Vertrauen noch nicht wieder besitze. Namentlich dessen Bevormundung vor und nach dem Sturz von Thiers als Präsidenten der Republik erregte Bismarck's Missfallen. Hier zeigte sich ein tiefgehender Unterschied der Auffassung der französischen Dinge zwischen dem deutschen Reichskanzler und dessen Vertreter in Paris. Bismarck glaubt, daß die vom Nachkönig der Franzosen drohende Kriegsgefahr geringer sei unter einer Republik, die es nicht leicht haben werde, im monarchischen Europa Allianzen zu finden, als unter einer ehrgeizigen Dynastie, besonders einer legitimistischen, die mit dem Ultramonatismus, dem geschworenen Widersacher des Deutschen Reiches, verbündet sei. Graf Arnim dagegen hatte lebhafte Sympathien für die Restauration der Bourbons, und bezeichnete sie vielleicht mehr als nötig war. Genua, Bismarck behauptete, der Botschafter in Paris handele nicht im Geiste seiner Instruktion. Bekannt ist, daß in Folge dieses Zwiespaltes Graf Arnim nach Konstantinopel versetzt werden sollte, und daß er es selbst war, der sich auf diesem Posten und überhaupt im Staatsdienste vor der Hand unmöglich mache, denn er ließ sich in eine öffentliche Polemik mit seinem höchsten Vorgesetzten, und zwar in der hochwichtigen römischen Frage ein, und selbst wer geneigt wäre, Arnim's Ansichten (mit denen er nur zu spät hervortrat) über die der Opposition im vatikanischen Konzil zu gewähren, trügt sich in der Erwartung, daß er nicht leichter zu erachten, als die Bismarck'sche Enthaltungsstreit mithin doch eingestehen, daß ein solcher öffentlicher Meinungsstreit zwischen einem Vorgesetzten und seinem Untergebenen im Staatsdienste unlösbar ist. Es blieb unbegreiflich, daß Graf Arnim quasi rehne gesta damals nach Berlin reisen konnte und sagen, er gehe als Botschafter nach Konstantinopel. Er reichte auch seine Entlassung nicht ein, und mußte sie also erhalten. Sie wurde ihm vom Kaiser in milder Weise gewährt, indem Graf Arnim nicht pensionirt, sondern

nur auf Wartegeld gesetzt wurde. Der Kaiser wünschte von der ganzen Angelegenheit nichts weiter zu hören, und wer hätte den Wunsch nicht thun sollen?

Gegenüber den oft makellosen Angriffen, welche einige extreme Blätter aus Anlaß der Verhaftung Arnim's loslassen, spricht sich das „Tagebl.“ sehr vernünftig aus. Es sagt:

Wir haben nicht den geringsten Grund, die Thatsachen, auf denen die Anklage beruht, so wie sie offiziell mitgetheilt sind, zu bezweifeln; und wenn diese Thatsachen so liegen, so wird jeder Unbefangene zu gehorchen müssen, daß die Bedingungen der Anklage in ihnen vollständig vorhanden waren, — wie sie denn auch das Gericht für vorhanden erachtet hat. Wenn diese Thatsachen bei irgend einem Subalternbeamten des auswärtigen Ministeriums vorgelegen hätten, so würde das Vorgehen der Regierung und des Gerichts von Ledermann als ganz natürlich und selbstverständlich erachtet worden sein. Warum nicht bei dem Herrn von Arnim? Es ist doch eine eigenhändliche Notiz einiger Blätter, die unter dem Mantel der Demokratie einherholzen, daß sie möglich für den Grafen Arnim Sympathie empfinden und, wenn auch förmlich, Front machen gegen den Fürsten Bismarck, der mit beiden Füßen auf dem Boden des Gesetzes steht, und dies nur nach Maßgabe der Verfassung für Alle gleich bindend erachtet. Man sollte sich erinnern, daß der Fürst bereits im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Marmora-Entscheidung öffentlich erklärt hat, daß er einen preußischen Diplomaten, welcher dergleichen wagte, ohne Weiteres wegen Unterstüzung würde verhaften lassen. Der Augenblick ist gekommen, und Fürst Bismarck hat den Mut gehabt, sein Wort einzulösen. Wir sagen: den Mut, und das ist die politische Bedeutung der That. Wie der Fürst es für notwendig erachtet hat, gefürstete Bischöfe, welche sich ungehorsam, weil ihrer Idee nach ebenbürtig, der Staatsgewalt gegenüber gestellt hatten, in den Kerker zu werfen, so greift er jetzt mit Lührer Hand unverzagt mitten hinein in die höchste Bürokratie des Landes, — und zugleich in die höchste Aristokratie. Alles muß sich beugen vor dem Staatsbegriff. Vielleicht hat Fürst Bismarck nie einen Schritt gethan, zu dem ein größerer persönlicher Mut, eine größere Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst gehör hätte, wie zu diesem.“

— Der frühere Präsident des Reichseisenbahnamtes, Geh. Rath Scheele, hatte dem Reichskanzleramt den Antrag gestellt, zur Ausbildung oberer Betriebs- und anderer Beamten auf Reichsschulen, eine Reichseisenbahnsakademie zu errichten, und der Reichskanzler sich hierzu bereit erklärt. Wie wir hören, sind in Folge dieser Nachricht mehrere Gelehrte von Interessen beim Reichseisenbahnamt eingetragen, in welchen um Aufschluß über dies in Aussicht genommene Institut gebeten wurde. Es ist auf diese Anfragen, wie gemeldet wird, seitens des Reichseisenbahnamtes der Bescheid ergegangen, daß allerdings die Errichtung eines derartigen Instituts in Aussicht genommen sei, daß dasselbe jedoch voraussichtlich erst im Jahre 1876, entschieden aber nicht im Laufe des Jahres 1875 ins Leben treten werde.

— Die durch die Presse gehende Nachricht von der bevorstehenden Verlobung des Ex-Kronprinzen von Hannover mit der Prinzessin Thyra von Dänemark scheint mehr als ein lustiges Gerücht zu sein. Wenigstens würde sonst schwerlich der in Hannover erscheinende Moniteur des Gmünder Hofes, die „Deutsche Volkszeitung“, die Sache bereits in einem Leitartikel behandelt haben. Für das Deutsche Reich ist es freilich ziemlich gleichgültig, welche von den Europäischen Fürstentümern der Prinz Ernst August mit seiner Hand zu beglücken gedacht, immerhin aber ist es nicht uninteressant, zu sehen, wie die Welfenpartei jenes Projekt auffaßt. Edgar Bauer schildert in seinem erwähnten Blatte die mächtigen Familienverbindungen des dänischen Königshauses und meint:

„Wenn es sich bestätigen sollte, daß der Kronprinz Ernst August von Hannover in den Kreis dieser Verwandtschaft eintrete, so würde das Recht einen neuen Hoffnungsglanz um sich bereiten, und die deutsche Nation, ihrer Sendung als Rechtsnation eingedenkt, würde das Ereignis als Verhebung künftigen Friedens begrüßen.“ Was unter dem „neuen Hoffnungsglanz“ und dem „künftigen Frieden“ verstanden ist, erkennt man aus folgender Stelle: „Die Umweltbewegung, die seit zehn Jahren höher und höher stieg, weiter und weiter um sich griff, sie hat den Gipfel ihrer Höhe erreicht. In diesem verhängnisvollen Kreislaufe der Zeit ist viel fruchtbare Land überschwemmt worden. Den unabänderlichen Naturgesetzen gemäß, werden sich nun die Wasser senken und verlaufen. Da ist es klar, daß zunächst der dänische Maßbaum wieder seine Spitze zeigt. Denn der Ort, wo die Fluth zuerst erschien, muß bei dem Rückgang der selben, auch zuerst wieder seine Spitze und Wipfel aus den Wassern emporsteigen sehen. Wohl den Männern, die sich dann der Lehre bewußt sind, daß es keine vereinzelten Redete gibt, daß das Rechtsgebiet in sich zusammenhängt und daß man das eigene Recht schädigt, wenn man irgend ein fremdes Recht dem Nachen der Agitation preisgibt.“

Dänemark an der Spitze einer aus Russland, England, Frankreich und Griechenland zusammengesetzten Koalition zur Wiederherstellung des Königreichs Hannover! O Welfenphantasie!

— Die Verzögerung der Einberufung des Reichstages hat, wie die „Trib.“ schreibt, nicht ihren einzigen Grund in dem Rückstande der Arbeiten des Bundesrates. Im Reichstagsgebäude sieht es noch gar nicht wohnlich aus; da sind noch Tapizerier, Maurer und Maler von dem frühesten Morgen bis in die späte Nacht hinein mit Arbeiten beschäftigt. Im Hausschlüsse des Gebäudes steht noch immer das Gerüst, der Schutt liegt überall in hohen Haufen. Alles ist noch in solchem Rückstande, daß schon aus dieser Rücksicht allein der Reichstag vor der ersten Novemberwoche kaum wird einberufen werden können. Der Bau selbst ist unter Kenntnis des praktischen Bedürfnisses mit großer Umsicht geleitet worden; für die Abgeordneten sind in der zweiten Etage große Kommissionszimmer neu errichtet und damit ist dem Uebelstande abgeholfen, daß die diätenlosen Volksvertreter nach des Tages Mühen nicht mehr wie die Heringe einpercht sitzen werden. Für die 140 Abg. zahlende nationalliberale Partei ist ein eigener Fraktionsaal gebaut, welcher auch als Klubsaal zur geselligen Zusammenkunft mit benutzt werden kann. Das vom Herrenhause leihweise überlassene Lesezimmer wird künftig nicht mehr benutzt werden, in der

ersten Etage sind geräumige komfortable Lesesalons, Sprechzimmer für die Abgeordneten hergerichtet. Die Bibliothek wird nach der ersten Etage verlegt, die Bibliothekare Dr. Pottkast und Dr. Lindner sind gegenwärtig damit beschäftigt, die jetzt schon auf 25,000 Bände angewachsene Bibliothek zu sichten und deren Uebersiedelung zu leiten. Für den Umbau des Reichstagsgebäudes hat der Reichstag die Summe von 70,000 Thlr. bewilligt; man glaubt, daß die Summe bedenklich überschritten werden wird und nimmt an, daß die Renovirung des Hauses ungefähr 120,000 Thlr. Kosten verursacht.

— Durch den Tod des Reichstags- und Landtagabgeordneten Fritz Baudri zu Köln hat die ultramontane Partei in Rheinland eine Hauptkraft verloren. Fritz Baudri war für die Bearbeitung der Volksmassen durch feurige Reden vermöge seiner ganzen Persönlichkeit auf's Trefflichste geeignet. Er war am 20. April 1808 zu Eberfeld geboren, als Historienmaler ein Schüler von Cornelius zu München (1831–37), Inhaber eines Ateliers für Glasmalerei in Köln, Gründer und Vorstand des düsseldorfer Künstlervereins, des christlichen Kunstvereines für die Erzdiözese Köln und für Deutschland, Gründer und Herausgeber des „Organs für christliche Kunst“, korrespondirendes Mitglied des „cercle artistique, littéraire et scientifique“ zu Antwerpen ic. Die „Germania“ widmet ihm einen bewegten Nachruf; er hat denselben von Seiten des ultramontanen Organes wohl verdient. In Folge dieses Todesfalles hat die Stadt Aachen zum Reichstage, der Wahlbezirk Aachen-Eupen zum Abgeordnetenhouse eine Neuwahl vorzunehmen.

— Unsere Standesbeamten — schreibt die „Voss. Zeitg.“ — sind schon jetzt nach den ersten Tagen ihrer Amtirung, der Verzweiflung nahe. Die 13 (jetzt 12) Standesämter erweisen sich, wie schon in Beiträgen aus der Bürgerlichkeit f. B. vorausgesagt wurde, dem Geschäftsbetriebe als durchaus unzureichend. Die Beamten arbeiten von Morgens 8 Uhr bis Abends 6 Uhr ohne Unterbrechung. Jede Geburtsfeiertragung erfordert mindestens 20 Minuten, jede Annahme eines Aufgebots eine halbe Stunde. Kommen nun erst vom 15. Oktober noch die Trauungen hinzu, von denen jeder Alt mindestens  $\frac{3}{4}$  Stunden erfordert, dann steht die ganze Maschine still. Die Standesbeamten haben deshalb an den Marktrot um schwangere Vermehrung der Schreibkräfte, Lieferung von gedruckten Formularen u. dgl. petitionirt. Man berechnet die Zahl der für jedes Standesamt nothwendigen Schreibk.äste auf mindestens 12.

Hannover, 7. Oktober. Der Provinziallandtag ist heute vom Oberpräsidenten Grafen Eulenburg geschlossen worden. Welche Geschäfte derselbe während der kurzen Dauer seiner achten Session erledigt hat, geht aus der Ansprache des Oberpräsidenten hervor. Dieselbe lautet:

## Hochgeehrte Herren!

In kürzer, arbeitsvoller Zeit haben Sie die vorliegenden Geschäfte zum Abschluß gebracht. Die günstige Finanzlage hat Ihnen nicht nur die Möglichkeit gewährt, gesteigerten Ansprüchen in verschiedenen Zweigen der provinzialständischen Verwaltung zu genügen, sondern auch gestattet, Ihrer patriotischen Pietät Ausdruck zu geben, indem Sie einen nachhaltigen Beitrag zur Errichtung eines Denkmals für die im letzten Kriege gefallenen Söhne der Provinz bewilligt. Die von Ihnen beschlossene Erweiterung der Statuten der Landeskreditanstalt, durch welche die Befriedigung des Kreditbedürfnisses erleichtert werden soll, wird, wie ich nicht zweifle, bei den legislativen Faktoren Beifall finden. Nicht minder wird die königliche Regierung die Beschlüsse, welche Sie nach eingehender Beratung über die Vorlagen derselben gesetzt, sowie die Anträge, welche Sie außerdem an dieselben gerichtet haben, sorgfältig in Erwägung ziehen. Im allerhöchsten Auftrag Sr. Majestät des Kaisers und Königs schließe ich den 8. Januar versuchten Provinzial-

Duisburg, 7. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Kuratoriums der Realschule hat die Wahl des Direktors für die hiesige neu errichtete Realschule stattgefunden und ist dieselbe einstimmig auf den derzeitigen Direktor der lgl. Realschule zu Rawicz, Dr. Steinhardt, gefallen. Der Sitzung wohnte der Herr Provinzial-Schulrat Dr. Höpflner zu Koblenz bei. (N. R.)

München, 7. Oktober. Zur Konversion der Königin-Mutter macht ein Korrespondent der „Schles. Z.“ noch folgende Bemerkungen:

Die objektive Bedeutung der individuellen durchaus nicht politisch gemeinten Konversion der Königin-Mutter tritt bereits deutlich hervor. In den hiesigen protestantischen Bevölkerungskreisen ist die Stimmung zugleich unwillig und gedröhnt, und das Gleiche wird wohl in den protestantischen Provinzen der Fall sein. Der vielgehörte Ausdruck „ein Schlag für den bayerischen Protestantismus“ geht wohl zu weit, kennzeichnet aber die Stimmung. Im Übrigen ist auch bei den Katholiken die Empfindung vielfach gelbelt. Die gemäßigten Kreise sind eher beunruhigt als besorgt. Das Wort eines angefehlten und durchaus nicht alkatholischen Geistlichen, „Ihre Konfession werde die Tauflosen tragen müssen“, erhob sich gestern Abend schnell zum Range eines geflügelten. Alle Mittheilungen stimmen darin überein, daß der König augenzwinkend misvergnügt ist. Man will jetzt wissen, die steigende Entfremdung zwischen ihm und seiner Mutter sei weniger die Ursache als die Wirkung jener katholisierenden Neigungen gewesen, die der junge Monarch vergeblich zu bekämpfen suchte. Sanguiniler gehen so weit, eine entschiedene Frontmachung Bayerns gegenüber dem Ultramontanismus zu erwarten, indem sind solche Hoffnungen vorläufig wohl nur Konjekturen. Gewonnen hat bei dem Könige die ultramontane Partei durch ihre bis in seine Familie hinauf betriebene Propaganda nicht, das kann allerdings mit Bestimmtheit behauptet werden. Eine andere politische Seite des Vorganges dürfte seine Wirkung auf die verschiedenen Parteien unserer protestantischen Kirche sein. Es ist kein Geheimnis, daß die Königin-Mutter sich von Jahr zu Jahr entschiedener der orthodox-pietistischen sogenannten Charles'schen Richtung zuneigte und in dieser Tendenz von ihren höchsten geistlichen Beratern unablässlig bestärkt wurde. Der liberale Protestantismus wird daraus natürlich seine Konsequenzen ziehen und davon auch nicht ganz Unrecht haben. Ein gewisses psychologisches Moment und die nach Jahrzehnten dauernde Neigung der Königin für die katholische Konfession dürfen bei Beurtheilung des Falles indes nicht ganz außer Acht gelassen werden. Die konfessionelle Enthaltung des Königs-

werden. Die gewissermaßen europäische Bedeutung des Vorganges endlich liegt darin, daß der erste neue Seelenfang im fürstlichen Familien der ultramontanen Propaganda gerade bei einem geborenen Mitgliede des Hauses Brandenburg gelingen mußte. „Die letzte entscheidende Schlacht zwischen Katholizismus und Protestantismus wird auf märkischem Sande geschlagen werden.“ — Zu den fälschlichen Einzelheiten der Konversion ist noch Einiges nachzutragen. Das neue Glaubensbekenntniß wird am 15. d. Mts., dem 49. Geburtstage Ihrer Majestät in die Hände des Augsburger Bischofs Dinkel niedergerichtet werden, dann folgen Beichte und Kommunion nach katholischem Ritus. Der Austritt aus der protestantischen Kirche ist schon am 26. d. Mts. erfolgt. Den religiösen Unterricht der hohen Neophyten leitet auf Schloß Hohen schwangau der Benefiziat Loeckleiner vom Elbinger Alp bei Straute; in dem genannten Felsen hält sich die Königin bekanntlich während des verwichenen Sommers 1814.ere Zeit auf. Außer diesem eifrigen Seelsorger und dem Prinzen Otto nennt man als Befürderer der Konversion namentlich die beiden Hofdamen Gräfinnen Da-moulin und Fragger, doch geht man wohl zu weit, wenn man den genannten Personen einen entscheidenden Einfluß auf d. x jetzigen Schritt der hohen Dame beimisst. Die Hauptursache für die Konversion der Königin-Mutter liegt gewiß tiefer; sie besteht in einer sanften Reihe früher Erlebnisse, welche eine vom Haus weder reich voranlagte noch sonderlich festgesetzte Individualität endlich aus dem moralischen Gleichgewicht gebracht haben.

Bern, 6. Oktober. Der neue französische Botschafter, Graf von Harcourt, hat heute dem in corporis versammelter schweizerischen Bundesrathe mit folgender Ansprache seine Kreditive überreicht:

Ich habe die Ehre, in Ihre Hände die Schreiben niederzulegen, durch welche mich der Präfident der französischen Republik als Botschafter bei dem Bundesrathе der schweizerischen Republik akkreditirt. Die Schweiz ist für Frankreich eine Freundin von mehreren Jahrhunderten. Die Natur hat die Grundlagen zu dieser Freundschaft gelegt und das allgemeine Interesse der beiden Nationen ist stets dahin gegangen, die Intimität ihrer Beziehungen zu steigern. — Der Marschall Mac Mahon, Präfident der Republik, legt einen großen Werth auf die Fortsetzung der Beziehungen von Vertrauen und Buneiguna, welche zwischen beiden Ländern herrschen; er hat mich beauftragt, Ihnen zu gleicher Zeit die Versicherung seiner hohen Achtung und die Wünsche zu übermitteken, welche er für die Wohfahrt der Eidgenossenschaft hegt. Ich wünsche mit Glück, ausgewählt zu sein, bei Ihnen die Mission, die mir anvertraut worden, zu erfüllen. Mein hauptsächliches Denken und all mein Streben wird dahin geben, das Band der Nachbarschaft und der guten Harmonie, welches beide Völker eint und welchem beide eine so gerechte und wohlbegündete Bedeutung beilegen, enger zu ziehen.

Der schweizerische Bundespräsident Schenck erwiderte:

Der schweizerische Bundesrat ist erfreut, heute nach einer nur kurzen Balkanz des hohen Postens, welchen der ehrenwerthe Graf v. Chaudorff bekleidete, einen neuen Repräsentanten der französischen Republik und seines illustren Prästoiten, des Marschalls Mac Mahon, bei sich empfangen zu können. — Wir sind glücklich, bei diesem Anlaß von Seiten des hohen Chefs unseres großen Nachbarlandes und seiner Regierung erneuerte Beweise und Zusicherungen der Freundschaft zu erhalten, welche der Schweiz zu allen Seiten von so hohem Werthe gewesen ist und für welche wir Sie bitten, dem illustren Präsidenten der französischen Republik unsern aufrichtigsten Dank zu übermitteln. — Die Schweiz befindet sich in der beseidenswerten Lage, wie mit ihren anderen Nachbarstaaten, so auch mit Frankreich nur in den Werken des Friedens und in den Bestrebungen, welche die allgemeine Wohlfahrt zum Ziele haben, zu konkurrieren. Dank dem freundschaftlichen Entgegenkommen, welches wir bei der erleuchteten Regierung von Frankreich immer gefunden haben und das wir unsererseit zu erwidern stets bereit waren; dank namentlich den freundschaftlichen Sympathien, welche stets zwischen den beiden Völkern selbst bestanden, sind die Verbindungen zwischen den beiden Ländern immer zahlreicher und stärker geworden und haben uns eine Menge der schätzbarsten Wohthaten gebracht. — Es ist unser lebhaftes Bestreben, dieses glückliche Vergnügen auch in der Zukunft zu mehren und zu festigen. — Die Wahl, welche der Präsident der französischen Republik in Ihrer Person getroffen hat, um die Verbindungen bei uns zu pflegen, ist mit Rücksicht auf die wichtigen Missionen, mit welchen Ihre Excellenz schon betraut war, und den großen Diensten, welche Sie Ihrem Lande schon geleistet haben, eine Ehre, welche wir in hohem Grade würdigen. — Wir wünschen, daß die Mission, welche Sie jetzt bei uns antreten, im Interesse von beiden Ländern vom besten Erfolge begleitet sein möge, und wir dürfen uns so eher hoffen, daß dies gelingen werde, als wir von beiden Seiten dasselbe Ziel verfolgen: die Bände guter Nachbarschaft und Freundschaft zu erhalten und zu festigen, welche Frankreich und die Schweiz verknüpfen. — In diesem Sinne heißen wir Sie auf unserem Boden herzlich willkommen."

Die Bundesversammlung ist, wie bereits gemeldet, gestern (5. d. M.) durch eine Rede des Ständeraths-Präsidenten Köchlin eröffnet worden. In dieser Rede sind folgende Stellen bemerkenswerth:

Die zweckmäßige und ausreichende Entwicklung des vaterländischen Wehrwesens, die Ausstattung des Bundes mit den zu diesen Zwecke nötigen Kompetenzen, das Enekl angesehen unserer militärischen Einrichtungen und Übungen mit dem jetzigen Stande der Wissenschaft und der Erfolge der großen, hinter uns liegenden Kriegs-epocha, die Organisation einer einheitlichen Bundesarmee zur Vertheidigung des nationalen Bodens, das waren die ersten und berechtigtesten Postulate des revisionsfreudlichen Theiles des Schweizerwerkes. Wenn die Neutralität der Schweiz ein für uns werthvolles Völlwerke bleiben soll, an welchem sich die Wogen der großen Völkerkämpfe brechen und hinter welchem wir mit Weib und Kindern vor den Schreden des Krieges bewahrt bleiben, so gilt es jetzt, dieses Völlwerk so auszurüsten und zu stärken, daß sowohl wir selbst, als die kriegsführenden Nachbarn die Überzeugung erlangen, es sei dasselbe nicht ungestraft zu durchbrechen. Als im denkwürdigen Jahre 1870 die Schweiz durch ihren Gesandten in Berlin vertraulich anfragen ließ, in wie weit sie auf die Achtung der Neutralität mit Sicherheit zählen könne, gab wie in den Neutralitätsstaaten später zu lesen stand, der jetzige Reichskanzler zur Antwort: "So weit Ihr die Devise des schottischen Distelordens beachtet: *"Nemo me impune laedit"*. Es ist deshalb ein gut geschultes, schlagfertiges, mit den besten Waffen ausgerüstetes Heer die beste Bürgschaft dafür, daß unserer Neutralität die volle Achtung gezollt werde, ein besserer Bürge sogar, als papierne Konferenzbeschlüsse. Die Bundesversammlung wird deshalb die nötige Mühe nicht scheuen, um das wichtige Gesetz, welches zu besagtem Zwecke verhelfen soll, unseres Milizarmee Kriegsfähiger machen soll, in Form und Inhalt mit allen Nötigen auszustatten. Gerade diejenigen Vorlagen, welche sich auf die Haftspflicht der Transportanstalten beziehen und die in diesem Rathauern zur Berathung kommen werden, behandeln eine etwas trockene Materie. Aber auch diese Vorlagen, welche für die ökonomische Entwicklung des Landes von bedeutender Wichtigkeit sind, werden Sie Ihre dauernde Aufmerksamkeit nicht versagen. Wenn auch die großen konstitutionellen Kämpfe der letzten Zeit mit ihren Auf- und Abregungen weiter und zum formellen Abschluß gelommen sind, mein die parlamentarische Wirtschaft bei Bereithaltung der zum materiellen Ausbau der Konstitution nötigen Gesetze in ruhigeren Formen sich bewegt, so wäre es dennoch ein Trugschluß, zu glauben, daß die Thätigkeit der Räthe fortan als eine weniger wichtige und bedeutungsvolle als eine weniger anstrengende betrachtet werden könne, denn es handelt sich jetzt darum, wie im Revisionenkampfe prinzipiell geborgener Errungenchaften praktisch zu verwerten und zur Geltung zu bringen. Es handelt sich darum, sorgsam einzuhemmen, was man dort gefährdet hat. Meine Herren! Es handelt sich jetzt hauptsächlich auch darum dem Staate zu geben, was des Staates ist. Darum werden die Räthe mit nicht ermüdendem Eifer und unter Aufwendung aller ihnen zu Gebote stehenden Sachkenntniß nach dem Richtigen forschen und das, was sie als solches erkannt haben, zum Gesetze erheben, damit der neu-

Aus Paris vom 7. Oktbr. schreibt ein Korrespondent der „Kölner

"Die Ergebnisse der Wahl von Sonntag sind noch weit entfernt davon, klar zu sein, und sie werden es auch wohl bald nicht werden. Nur so viel steht sich heraus, daß die Lage der Konservativen noch merklich ungünstiger ist, als sie gestern erschien. Die offiziösen Angaben, wonach die Republikaner 25-30 Sitze verloren hätten, waren unrichtig; dieselben haben über 10-20 Sitze gewonnen. Was die Klassifikation der Resultate so schwierig macht, das ist die Farb-Spitze eines Thals der Erwählten. Unter den 1400 Kandidaten, die bis jetzt durchgekommen sind oder nächsten Sonntag in der engeren Wahl durchkommen werden, sind an 200 Personen, die bloß lokale Interessen in den Generalräthen vertreten, ehemalige Gutsbesitzer, Dorfshonoratioren und dergl., die sehr in Verlegenheit gerathen würden, wenn sie selbst saßen müssten, welcher Partei sie angehören. Sie sind als ruhige Bürger für das Bestehende; vor zwei Jahren hätten sie auf Thiers geschworen, jetzt schwören sie auf Mac Mahon, sind aber darum keineswegs Anhänger des Broglie'schen Systems, sondern politisch betrachtet Nullen. Alle diese schreibt die septenniale "Presse" natürlich auf das Fonto der "Konservativen"; aber selbst wenn man sie ihr lästigt, bleibt doch nach den heutigen Nachrichten ein Kontingent von etwa 580 Republikanern übrig; am nächsten Sonntag dürften noch etwa 20

dazu kommen; ferner mögen noch 10—20 im Rückstande sein, so daß, Alles in Allgem genommen, die Republik gegen das Vorfaß, wo ihrer 590 waren, etwa 20 Sitz gewinnt. Die Bonapartisten schreiben sich noch einen Theil der obigen 200 Indifferenten zu und schätzen ihre Stärke im Ganzen auf 200 Sitz; dies ist wohl etwas zu hoch gegriffen, aber sie haben immerhin merklich zugenumommen. Die einzige geschlagenen bleiben die Orléanisten und Septennialen. Um ihre Lage zu würdigen, muß man bedenken, welch goldene Berge sie sich von dem neuen Wahlgesetz verprochen, welch ungeheure Anstrengungen sie gemacht hatten. Hätten sie wirklich eine nachhaltige Stütze an der öffentlichen Meinung des Landes, so müßt n sie wenigstens zwei Drittel der offenen Blöze erlangen; statt dessen haben sie kaum zwei Fünftel. In Folge dessen dauern die verzweifelten Anstrengungen der "Presse", des "Français" und anderer Blätter vom rechten Zentrum und der Regierungspartei, die Bonapartisten für sich zu gewinnen, noch heute und vermutlich für noch längere Zeit fort. Sie rechnen kampfhaft alles, was nicht republikanisch ist und sogar auch manchen Republikaner zur "konservativen Partei" schlechtbin und triumphieren über die große Zahl der Anhänger, die sie auf diese Weise herausrechnen, ohne sich um die von allen Seiten regnenden Proteste zu kümmern. Die Bonapartisten protestiren nicht am wenigsten; sie wollen zunächst ihre Fortschritte konstatir haben, erst später werden sie sehen, wie viel Vortheil sie von dem Bündnisse ziehen können, welches ihnen die Regierung anbietet.

Aus Rom berichten die „Ital. Nachrichten“ von einer seltsamen Rede des Papstes. Derselbe soll am vergangenen Freitag bei einem Empfang von Vertretern katholischer Vereine gesagt haben:

„Wenn ich zu der Ueberzeugung gelangen könnte, daß die Sache des Königreichs Italien und die liberale Bewegung in ganz Europa von der göttlichen Vorsehung gebilligt würde, so trüge ich keinen Augenblick Bedenken, mich der Bewegung anzuschließen. Die lange Dauer, welcher sich die Herrschaft der Revolution bereits erfreut, könnten zu dem Glauben daran verleiten; aber meine Gebete und Gedanken und die reizenden Fortschritte der Gottlosigkeit in Rom halten mich bis jetzt vom Gegenheil überzeugt; und deshalb biete ich Widerstand.“

Diese Worte brachten auf die Zuhörer einen tiefen Eindruck herver.

Kopenhagen, 6. Okt. Der Inhalt der gestern vom Könige zur Eröffnung des Reichstages gehaltenen Thronrede ist durch den Druck nur sehr unvollkommen übermittelt worden. Zur Ergänzung dieser Mittheilungen verdient nachstehende Stelle hervorgehoben zu werden:

„Seit der letzten Session des Reichstages — heißt es in der Thronrede wördlich — hat das Grundgesetz des dänischen Reiches seinen 25. Jahrestag erlebt, und Wir haben mit dem Volke diesen Tag in Treue gegen den Gedanken Königs Friedrich's, als er aus freiem Willen seine ererbte Machtfülle mit seinem Volke theilte, und in Anerkennung der guten Früchte gefeiert, welche diese Gabe getragen hat. Wenn Wir heute selber die Session des Reichstages haben eröffnen wollen, so geschieht es in dem Gespüle unserer königlichen Pflicht, vor dem Reichstage Unsere Wunsch auszusprechen, daß die Zwierstadt, welche in den letzten Jahren ihre dunklen Schatten auf Unsere Freude über das Grundgesetz geworfen hat, dem Geiste der Eintracht weichen möge, welcher die Bedingung fruchtbarer Arbeit zum Wohle des Landes ist. Wir haben in dieser Richtung gehan, was Wir für dienlich erachtet haben, und Wir geben Uns der Erwartung hin, daß der Reichstag seine Bestrebungen mit denen Unseres neuen Ministeriums vereinen werde, um dieseljenigen Reformen zu fördern, welche die Entwicklung und das Wohlergehen des Staates bewecken, sowie daß der Reichstag denselben Bevolligungen seine Genehmigung nicht vorerthalten werde, welche Wir für nöthig erachten, um eine gute Ausführung des Staatsdienstes zu konserviren, um die Quellen des Wohlstandes des Landes rascher fließen zu machen und um die Vertheidigung des Landes zu stärken.“

Athen, 30. September. Ueber eine in Griechenland bestehende Krisis entnimmt die „Politik“ dem Briefe eines wohl unterrichteten Korrespondenten, daß die kritische Lage, welche in Griechenland nun schon seit langerer Zeit anhält, eine immer drohendere Gestalt annimmt und nach menschlichem Ermessens einen bösen Ausgang nehmen muß. Die Ursache der Krise ist die Abänderung der Verfassung, oder richtiger gesagt, die Annulierung derselben, denn nach zuverlässigen Mittheilungen wird am Hofe Folgendes geplant: Errichtung eines Oberhauses, dessen Mitglieder die Krone ernannt und welches der König auch auflösen kann. Das Abgeordnetenhaus bleibt, wird aber nur alle drei Jahre einberufen, ausschließlich zur Durchberatung von Gesetzesvorschlägen. Die Gerichtsbeamten werden nicht mehr auf Lebensdauer ernannt, sondern sind amovibel und können in andere Sprengel übersetzt werden. Die Minister sind nur der Krone verantwortlich. (Nachahmung der Perigny-Troplong'schen Verfassung vom 2. Dezember.) Dazu kommen noch folgende Kleinigkeiten: Einschränkung der Pressefreiheit und des Versammlungsrechtes, sowie der Gemeinde-Autonomie. Aus dem Ganzen sieht man, daß sich da ein regelrechter Staatsstreich herausbilden will. Während die Konservativen diesen lebhaft empfehlen, machen sich andere, gewichtige Stimmen bemerkbar, welche das Volk auffordern, seine Rechte mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen. Comonduros, Zgianis, Deligiorgis, Lombardos und die anderen Parteiführer treffen alle gegen den Hof auf. Die Universitätsjugend und ein großer Theil der Bevölkerung sind zum Kampfe bereit. Auf die Armee ist kein besonderer Verlaß — unter den Offizieren giebt es viele republikanisch Gesinnte.

## Schles und Provinzielles.

Witten, 10. Oktober.

— Die Rückreise des Weihbischofs Janiszewski von hier nach Kozmin erfolgte, wie der „Kurier Poznański“ schreibt, ganz unerwartet. Gerade, als der Gefangene sich zur Ruhe begeben wollte, wurde er von dem Gefängnis-Inspektor benachrichtigt, daß er sich unverzüglich zur Reise bereit machen möchte. Zugleich führt das gen. polnische Blatt Klage darüber, daß Herr Janiszewski während seiner Reise von Kozmin nach Posen mit Brod und Käse vorlieb nehmen mußte, da auf seiner Station, wiewohl die Reise keineswegs unerwartet erfolgte, dafür gefordert war, daß er etwas Warmes verzehren könnte.

**Gehalts-Verhältnisse der Volksschullehrer.** Nach einer kürzlich errichteten Statistik: „Allgemeine Chronik des Volkswesens von L. M. Seyffarth“ normirt sich das Gehalt der Volksschullehrer in den 8 alten Provinzen wie folgt:

Es haben 1929 Lehrer zwischen	50–100 Thlr. Gehalt
3673 "	100–125
4688 "	125–150
6526 "	150–175
3754 "	175–200
6197 "	200–20
3756 "	250–300



